

Satzung zur Änderung der Satzung für den Selbsthilfebeirat der Landeshauptstadt München (Selbsthilfebeiratssatzung)

vom

Die Landeshauptstadt München erlässt aufgrund des Art. 23 Satz 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.08.1998 (GVBl. S. 796, BayRS 2020-1-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.05.2018 (GVBl. S. 260) folgende Satzung:

§ 1

Die Satzung für den Selbsthilfebeirat der Landeshauptstadt München vom 07.06.1990 (MÜABl. S. 242), zuletzt geändert am 21.01.2013 (MÜABl. S. 33) wird wie folgt geändert:

1. § 2 zweiter Spiegelstrich erhält folgende Fassung:

„- vier stimmberechtigten Mitgliedern aus dem Bereich der sozialen und gesundheitlichen Dienste, die im Benehmen zwischen der Landeshauptstadt München und den Initiativen vom Stadtrat bestellt werden, wobei der Migrationsbeirat der Landeshauptstadt München von diesen vier stimmberechtigten Mitgliedern ein Mitglied stellt;“

2. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 7 erhält folgende Fassung:

„Beschlüsse des Selbsthilfebeirates sollten innerhalb von 6 Monaten durch die Landeshauptstadt München einer Entscheidung zugeführt werden. Beschlüsse des Beirats, für deren Behandlung der Stadtrat zuständig ist, müssen von diesem innerhalb von 6 Monaten behandelt werden, soweit ihnen nicht vorher entsprochen worden ist. Wenn sich die endgültige Erledigung länger als 12 Wochen hinzieht, sind Zwischenbescheide an die Geschäftsstelle des Selbsthilfebeirates zu erteilen.“

b). Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 8.

3. § 5 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Für die Teilnahme an Unterarbeitsgruppen erhalten die stimmberechtigten Mitglieder des Selbsthilfebeirates bzw. deren Vertretungen eine Pauschale von 26,-- € pro Sitzung.“

b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.

c) Es wird folgender Absatz 4 angefügt:

„Den Mitgliedern des Selbsthilfebeirates wird entsprechend der Regelung in § 18 Abs. 10 der Satzung für die Bezirksausschüsse der Landeshauptstadt München ein Anspruch auf Entschädigung der Aufwendungen für eine entgeltliche Kinderbetreuung während der Teilnahme an den jeweiligen Sitzungen eingeräumt.“

4. § 6 erhält folgende Fassung:

„§ 6 Sachkostenbudget

(1) Dem Selbsthilfebeirat wird jährlich ein Sachkostenbudget bis zu einem Gesamtbetrag in Höhe von 5.100,-- € durch die Landeshauptstadt München zur Verfügung gestellt.

(2) Aus dem Budget sind insbesondere folgende Kosten zu decken:

- Verwaltungskosten (z.B. Telefongebühren, Büromaterial und -ausstattung, Porto)

- Fahrtkosten
- Repräsentationsaufwendungen
- Ausgaben im Rahmen herkömmlicher Anstandspflichten (z.B. Ehrungen, Trauerfälle)
- Veranstaltungen aus besonderem Anlass (z.B. Weihnachten, Jahreswechsel, Jubiläen und dgl.)
- Druckkosten (z.B. Informationsmaterial über den Selbsthilfebeirat)

5. § 7 Der bisherige § 6 wird zu § 7.

§ 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt zum 01.01.2019 in Kraft.